

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 121. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 14. April 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Lars Winter
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Christopher Vogt (FDP)	i. V. v. Dr. Heiner Garg
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. KoPers	5
Sachstandsbericht der Staatskanzlei Umdrucke 18/5761 und 18/5844	
2. Einführung einer Bargeldobergrenze und Einschränkungen virtuellen Bargelds verhindern	7
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3912	
3. Steuerhinterziehung verhindern und fairen Wettbewerb fördern - Sicherheitskonzept für Kassensoftware voranbringen	8
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3922	
4. Information/Kenntnisnahme	9
5. Verschiedenes	10
6. Ziel- und Leistungsvereinbarung 2016 zwischen dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa und der Dänischen Zentralbibliothek/Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig e. V.	11
Vorlagen des Kulturministeriums Umdrucke 18/5451 und 18/5663	
7. AKN Eisenbahn AG hier: Zustimmung zum Erwerb von Aktien gemäß § 20 (1) Haushaltsgesetz 2016	13
vertrauliche Vorlage der Finanzministerin vertraulicher Umdruck 18/5732	
(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Absatz 2 GeschO)	
8. Widerrufsvergleich im Schiedsgerichtsverfahren zwischen Christoph Prinz zu Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein zur Unterhaltung des Schlosses Glücksburg	14
Bericht des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa vertraulicher Umdruck 18/5821	
(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17	

Absatz 2 GeschO)

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

KoPers

Sachstandsbericht der Staatskanzlei
[Umdrucke 18/5761 und 18/5844](#)

Herr Dr. Hasenritter, Leiter der Abteilung Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung in der Staatskanzlei, und Herr Höhn, Leiter des Projekts KoPers, berichten über die Entwicklung des Projekts KoPers ([Umdruck 18/5844](#) und Anlage). Die Einführung von KoPers/Besoldung verschiebe sich voraussichtlich auf September 2016 und der Produktivstart von KoPers/Entgelt auf Dezember 2016.

Abg. Vogt fragt die Landesregierung, welche Vertragsstrafen für den Dienstleister infolge der mit den Verzögerungen verbundenen Mehrkosten fällig würden. Außerdem appelliert er an die Landesregierung, darüber nachzudenken, Beamten die Kosten für die Beratung über die Höhe der Versorgung durch Dritte zu erstatten.

Der Finanzausschuss beschließt, vertragliche Fragen zu KoPers mit der Staatskanzlei und dem Vorstandsvorsitzenden von Dataport in einer der nächsten Sitzungen auf der Grundlage eines vertraulichen Umdrucks in vertraulicher Sitzung zu beraten.

Herr Muschke, Leiter des Referats Informations- und Kommunikationstechnik, Organisation, Service im Finanzministerium, macht darauf aufmerksam, dass es keinen Rechtsanspruch auf die Erteilung von Versorgungsauskünften gebe. Man habe die Erteilung von Versorgungsauskünften aufgrund der Arbeitssituation eingestellt und den Beamten und Personaldienststellen den Versorgungsrechner aus Nordrhein-Westfalen mit Durchführungshinweisen zur Verfügung gestellt.

Abg. Koch wiederholt seine Kritik, dass sich die Einführung von KoPers-Komponenten weiter verzögere, vermisst eine aktualisierte Wirtschaftlichkeitsberechnung und möchte wissen, welche Auswirkungen die verzögerte Ausgabe der Lohnsteuerbescheinigungen für die Beschäftigten habe.

Herr Dr. Hasenritter bekräftigt den Willen und die Überzeugung, das Projekt KoPers, dessen Strukturentscheidungen aus der Anfangsphase man nicht mehr ändern könne, zu einem Erfolg zu führen.

Herr Muschke teilt mit, dass die Lohnsteuerbescheinigungen zeitgerecht versandt worden seien, in der Papierversion allerdings Lücken enthielten. Auf den Rechnern der Steuerverwaltung seien aber die korrekten Daten enthalten, sodass die Vorgänge ohne Verzug bearbeitet werden könnten.

Abg. Vogt regt an, die Beschäftigten hinsichtlich der Unstimmigkeiten bei den Lohnsteuerbescheinigungen zu informieren.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, empfiehlt, dass die Staatskanzlei den Finanzausschuss vor der Sommerpause auf der Grundlage belastbarer Zahlen über die Inbetriebnahme der Bereiche KoPers/Besoldung und KoPers/Entgelt informiere.

Herr Dr. Hasenritter sagt zu, Zahlen zur Wirtschaftlichkeitsberechnung nachzuliefern und den nächsten Sachstandsbericht vor der Sommerpause vorzulegen.

Finanzministerin Heinold sagt zu, zu den Fragen zu den Versorgungsauskünften und Lohnsteuerbescheinigungen schriftlich Stellung zu nehmen.

Abg. Raudies merkt an, dass die Frage eines Rechtsanspruchs auf Erteilung einer Versorgungsauskunft im Rahmen der Beratung über das Beamtenmodernisierungsgesetz behandelt werden müsse.

Abg. Schmidt wiederholt seine Frage, inwieweit die Firma P&I in der Lage sei, das Projekt KoPers zu Ende zu führen.

Herr Höhn erwidert, man habe das grundsätzliche Zutrauen in die Eignung von P&I nicht verloren, obwohl die von P&I eingesetzten Ressourcen höher sein könnten.

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 18/5761](#) und [18/5844](#) zur Kenntnis und wird seine Beratungen auf der Grundlage der erbetenen Unterlagen im Juli 2016 fortsetzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Einführung einer Bargeldobergrenze und Einschränkungen virtuellen Bargelds verhindern

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/3912](#)

(überwiesen am 10. März 2016 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Der Finanzausschuss strebt an, sich bis zur nächsten Sitzung am 21. April 2016 auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Steuerhinterziehung verhindern und fairen Wettbewerb fördern - Sicherheitskonzept für Kassensoftware voranbringen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/3922](#)

(überwiesen am 10. März 2016)

Abg. Koch weist darauf hin, dass mittlerweile ein Gesetzentwurf auf Bundesebene vorliege. Nichtsdestotrotz unterstütze er die Intention des Antrags, wolle sich allerdings nicht auf das System „INSIKA“ festlegen.

Finanzministerin Heinold teilt mit, der den Ländern am 18. März 2016 übersandte Referentenentwurf der Bundesregierung sei nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Denn die Unveränderbarkeit der Daten werde nur unzureichend sichergestellt, und der Gesetzentwurf enthalte keine Regelung zur Sicherstellung der Vollständigkeit der Daten. Die Länder hätten ein extrem hohes Interesse daran, dass es endlich ein Gesetz gebe, um Steuerausfälle zu vermeiden. Das System „INSIKA“ könnte sofort angewendet werden.

Gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/3922](#) in geänderter Fassung anzunehmen (siehe [Drucksache 18/4092](#)).

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/5762](#) - Stellenveränderungen Hochschulen

[Umdruck 18/5763](#) - UKSH Betriebsmittelverfahren

[Umdruck 18/5764](#) - Energetische Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen

[Umdruck 18/5765](#) - Gebühren der Hochschulen

[Umdruck 18/5842](#) - Rechtsmedizin

[Umdruck 18/5843](#) - Landesvertretung

Bei [Umdruck 18/5762](#) - Hochschulen - erinnert Herr Dr. Eggeling an das Votum des Landtags, die Landesregierung möge den Landtag über den Stand der Arbeiten an einem strategischen Konzept für alle **Hochschulen** unterrichten.

Auch bei [Umdruck 18/5765](#) - Gebühren der Hochschulen - mahnt Herr Dr. Eggeling die Umsetzung des Landtagsvotums an. Das Wissenschaftsministerium müsse sicherstellen, dass die Gebührensatzungen der Hochschulen ordnungsgemäß seien.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, bedauert unter Hinweis auf den Beschluss des Landtags vom 20. November 2015, [Drucksache 18/3508](#), Textziffer 29, dass die Landesregierung die Konstruktion der **Rechtsmedizin** nicht ändern wolle und die Rechtsmedizin damit für das Land weiter teuer bleibe ([Umdruck 18/5842](#)).

Herr Dr. Eggeling kündigt an, das Thema Veranstaltungen in der **Landesvertretung** im Auge zu behalten ([Umdruck 18/5843](#)). Er kritisiert, dass die Landesvertretung eine Steuerberatungskanzlei mit der Erstellung der Steuererklärung beauftrage.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. Koch sagt Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, zu, [Umdruck 18/5407](#) - **Grundstückserwerb in Lübeck**, Kronsforder Landstraße - öffentlich zu machen.
- b) Auf eine weitere Frage von Abg. Koch antwortet Ministerin Heinold, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der **HSH Nordbank AG** berate gegenwärtig mit dem Vorstand in Absprache mit den Ländern über die Aufstellung der Bank. Sobald es ein Ergebnis über den zukünftigen Vorstand und Gehaltsfragen gebe, werde sie den **Beteiligungsausschuss** informieren. - Im Anschluss an die Finanzausschusssitzung unterrichtet die Ministerin den Beteiligungsausschuss über den aktuellen Stand der Beratungen.
- c) Der Finanzausschuss wird in einer der nächsten Sitzungen ein Gespräch mit Vertretern der **Volksbanken Raiffeisenbanken** führen.
- d) Am 21. April 2016 findet eine Sitzung des Beteiligungsausschusses statt.
- e) Die **Finanzausschusssitzung** am 15. Dezember 2016 wird auf den **8. Dezember 2016** verlegt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ziel- und Leistungsvereinbarung 2016 zwischen dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa und der Dänischen Zentralbibliothek/Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig e. V.

Vorlagen des Kulturministeriums
[Umdrucke 18/5451](#) und [18/5663](#)

Abg. Sönnichsen kritisiert, dass die Landesregierung zuerst den Haushaltsansatz für die Dänische Zentralbibliothek deutlich erhöht und erst danach über den Abschluss einer Ziel- und Leistungsvereinbarung nachgedacht habe und der Zuschuss des Landes von 2014 bis 2016 um 68 % steige, obwohl sich die Aufwendungen nur um 5 % erhöhten.

Herr Dr. Schmidt-Elsaëber, Staatssekretär im Kulturministerium, hält die Erhöhung des Haushaltsansatzes für gerechtfertigt, auch vor dem Hintergrund von Haushaltskürzungen von 70.000 € in den Jahren 2010 bis 2012. Man habe das erste Mal eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Dänischen Zentralbibliothek abgeschlossen und neue Akzente gesetzt, insbesondere bei der Beratung und Koordinierung (zum Beispiel Ausbau von Bibliotheken zu einem Community Center). Die Dänische Zentralbibliothek nehme Aufgaben wahr, die die anderen Bibliotheken in Schleswig-Holstein nicht wahrnähmen. Lege man den Anteil ihrer Förderung über den Büchereiverein von 11 % zugrunde, müsste die Dänische Zentralbibliothek einen Betrag von 465.000 € erhalten. Im Übrigen werde der Verband Deutscher Büchereien in Nordschleswig mit rund 30 % vom dänischen Staat bezuschusst.

Abg. Sönnichsen macht darauf aufmerksam, dass sich andere Kultureinrichtungen auf die vom Land mit der Dänischen Zentralbibliothek geschlossene Ziel- und Leistungsvereinbarung beziehen könnten. Hier werde ein Stein ins Wasser geworfen, der wahrscheinlich noch ein paar Wellen schlagen werde.

Auch Abg. Vogt kritisiert die Haushaltssteigerung und bittet den Landesrechnungshof, die Ziel- und Leistungsvereinbarung zu prüfen.

Auf eine Frage von Abg. Koch erwidert Herr Dr. Eggeling, zur Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Dänischen Zentralbibliothek lägen dem Rechnungshof keine Prüfungserkenntnisse vor. Der Rechnungshof werde die Erhöhung des Haushaltsansatzes und seine Begründung im Rahmen seiner Unabhängigkeit zu gegebener Zeit prüfen.

Abg. Raudies hält den Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen für ein gutes Instrument, um die vom Haushaltsgesetzgeber gewünschten Ziele zu erreichen. Den Rechnungshof um die Prüfung einzelner Ziel- und Leistungsvereinbarungen vor Abschluss der Förderperiode zu bitten, sei überzogen.

Intention der Ziel- und Leistungsvereinbarung, die in den nächsten Jahren neu aufgelegt und verfeinert werde, ist es nach den Worten von Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber, zu einer größeren Akzeptanz und Transparenz zu kommen.

Abg. Harms verspricht sich vom Abschluss der Ziel- und Leistungsvereinbarung den Nachweis, inwieweit die vom Gesetzgeber definierten Aufgaben und Ziele erfüllt würden.

Abg. Schmidt plädiert dafür, im Kulturbereich aus Gründen der Planungssicherheit mehr institutionelle Förderungen auszusprechen.

Der Ausschuss nimmt die [Umdrucke 18/5451](#) und [18/5663](#) zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:00 Uhr.

Punkt 7 der Tagesordnung:

AKN Eisenbahn AG

hier: Zustimmung zum Erwerb von Aktien gemäß § 20 (1) Haushaltsgesetz 2016

vertrauliche Vorlage der Finanzministerin
vertraulicher [Umdruck 18/5732](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i.V.m.
§ 17 Absatz 2 GeschO)

Punkt 8 der Tagesordnung:

Widerrufsvergleich im Schiedsgerichtsverfahren zwischen Christoph Prinz zu Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein zur Unterhaltung des Schlosses Glücksburg

Bericht des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa
vertraulicher [Umdruck 18/5821](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i.V.m.
§ 17 Absatz 2 GeschO)

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer